



DIGITAL RADIO
MITTELDEUTSCHLAND

Bericht

Kosten senken durch mehr Wettbewerb im Netzbetrieb

BLM-Forum diskutiert Erleichterungen für den Markteintritt von Digital Radio



Digital Radio im Wettbewerb beim Netzbetrieb - BLM-Forum am 22.09.2008 in Berlin

Für Florian Fritsche, Geschäftsführer von Derutec, einem Gemeinschaftsunternehmen von RTL Radio Deutschland und REGIO-CAST, gibt es in Deutschland bislang keinen Wettbewerb beim Netzbetrieb. Fritsche beklagt die Abhängigkeit von monopolistischen Strukturen, die einen Wettbewerb verhindern würden. Fehlender Wettbewerb führe zu einer Verzögerung bei der Digitalisierung der Übertragungswege, warnt Fritsche. Klaus Michels von der Bundesnetzagentur hält Änderungen im Telekommunikationsgesetz für möglich, damit Programmveranstalter im UKW-Bereich ihre Netzbetreiber künftig frei wählen können. Vorstellbar sei auch, dieses Verfahren dann in die digitale Welt zu übertragen.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung von MEDIA BROADCAST, Helmut Egenbauer, beteuerte mehrfach, kein Problem mit mehr Wettbewerb zu haben. Er kündigte für die kommenden Wochen Gespräche an, um Anforderungen der Kunden aufzunehmen. Konkrete Preise wollte er noch nicht nennen,

ließ aber durchblicken, dass die Kosten für die Verbreitung eines bundesweiten Digitalradio-Programmes, anders als von vielen befürchtet, im unteren einstelligen Millionenbereich liegen. Weniger entgegenkommend zeigte sich die Deutsche Funkturm, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom, die über 20.000 Funkstandorte in Deutschland betreibt. So wollte sich Geschäftsführer Rudolf Pospischil nicht auf Sonderkonditionen für Rundfunkdienste einlassen.

Die ARD will mit ihrem eigenen Netz in die digitale Welt starten. Helwin Lesch, Hauptabteilungsleiter für Programmdistribution beim Bayerischen Rundfunk lud die privaten Anbieter ein, Standorte gemeinsam zu nutzen. Aufgrund der Wettbewerbssituation müsse dies aber zu Marktpreisen geschehen. Mit Blick auf das noch nicht veröffentlichte Strategiepapier der ARD zur Zukunft des digitalen Radios warnte Lesch allerdings vor zu großen Hoffnungen. „Ein Masterplan für die Digitalisierung des Hörfunks ist nicht zu erwarten“, so Lesch. ▶

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gleich mit zwei aufeinanderfolgenden Veranstaltungen haben die Landesmedienanstalten in Berlin den Versuch unternommen, den stockenden Prozess der Einführung von Digital Radio in Deutschland zu beschleunigen. Am 22.09. hatte die Bayerische Landeszentrale für neue Medien eingeladen, um über mehr Wettbewerb im Netzbetrieb zu diskutieren, einen Tag später war die Branche dann bei der Technischen Konferenz der Landesmedienanstalten (TKLM) zu Gast. „Wer glaubt noch an Digital Radio?“, fragte Helmut Egenbauer, Vorsitzender der Geschäftsführung MEDIA BROADCAST, am ersten Tag in die Runde. Viele Hände blieben unten. Und trotzdem: „Das neue digitale Radio DAB+ soll 2009 deutschlandweit eingeführt werden, formulierte Reiner Müller, bei der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) für den Bereich Technik zuständig, das Kampffeld der Branche nach zwei Tagen Diskussion. Dazwischen lagen viele Vorträge und hitzige Debatten. Lesen Sie dazu unsere Berichte auf Seite 1 und Seite 2.

Noch ist offen, ob die Ministerpräsidenten der Länder bei ihrem Treffen vom 22. bis 24. Oktober 2008 in Dresden, der Bedarfsanmeldung für bundesweite Multiplexe zum Betrieb von Digital Radio zustimmen und dann umgehend an die Bundesnetzagentur weiterleiten. Die Tagesordnung für das Spitzentreffen soll Anfang Oktober erstellt werden. Die Aufgabenliste ist lang. So steht im Rahmen des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages u. a. auch an, über die künftigen Online-Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Sender zu entscheiden. In unserem Vorbericht auf Seite 4 haben wir die Positionen der wichtigsten Akteure zusammengefasst.

Wie sinnvoll ist eine Regulierung im Internet? Hintergrund für diese Frage ist der Vorstoß der Landesmedienanstalten, Streaming-Angebote mit über 500 gleichzeitigen Nutzern zu lizenzieren. Dagegen fordert Prof. Dr. Jo Groebel, Direktor des Deutschen Digital Instituts, in unserer Kolumne auf Seite 3, beim Streaming auf Selbstregulierung zu setzen.



Herzlichst Ihr
Thomas Barthel

Um Wettbewerb zu ermöglichen, forderte Hans-Dieter Hillmoth, Vizepräsident des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT), das ARD-Radiosendernetz zu privatisieren und mit den Erlösen den Neustart für DAB+ zu finanzieren. „Dann wären wirklich Standorte und Frequenzen verfügbar.“

Matthias Ramsauer, Vizedirektor des BAKOM, erläuterte wie in der Schweiz der Netzbetrieb für DAB+ organisiert und finan-

ziert wird. Geregelt wurde dies in einer Vereinbarung zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. So wurde 2008 mit der SwissMediaCast ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet und mit 620.000 Euro Startkapital ausgerüstet. Die öffentlich-rechtliche SRG hält 17 Prozent der Anteile, den Rest teilen sich 22 private Veranstalter. Die SRG trägt das finanzielle Risiko. ■

Bericht

Streit über neue ARD-Radioprogramme spaltet Lager der Privaten

Landesmedienanstalten angetan, Verbände entrüstet

Die ARD will künftig mehr Radioprogramme verbreiten, als bislang erlaubt ist. Geplant ist jeweils ein zusätzliches Digitalprogramm pro Land. Hans-Peter Kuban, Medienreferent der Sächsischen Staatskanzlei, bezweifelt allerdings auf dem TKLM-Symposium, das die Regelung bereits im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag umgesetzt werde. Wahrscheinlicher sei eine Protokoll-Erklärung der Länder, die Programmmzahlbegrenzung auf den Prüfstand zu stellen, wenn es für die Digitalisierung notwendig sein sollte.

Im Lager der privaten Rundfunke gehen die Meinungen heftig auseinander. Der Hörfunkkoordinator der Landesmedienanstalten, Gerhard Bauer, begrüßte, dass die Begrenzung der öffentlich-rechtlichen Radiosender in der digitalen Welt zurzeit von der Politik überprüft werde. Der erfolgreiche Einstieg ins digitale Radio könne nur über neue Programmangebote verwirklicht werden. Allerdings dürften die neuen Programme ausschließlich digital verbreitet werden und müssten frei von Werbung und Sponsoring sein.

Sowohl die Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) als auch der Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) lehnen den Vorstoß der ARD ab. Bestehende Angebote könnten doch von analog auf digital umgestellt werden. „Es hindert niemand die öffentlich-rechtlichen Sender daran, einige ihrer 64 Radioprogramme neu zu formatieren und exklusiv im Digital Radio zu verbreiten. Zusätzliche Programme sind nicht nötig“, machte Stefan Ory, APR-Geschäftsführer, seinem Unmut Luft. VPRT-Vizechef Hans-Dieter Hillmoth befürchtet eine öffentlich-rechtliche Expansion der öffentlich-rechtlichen zum Nachteil der privaten Sender.

Ungeachtet des Streites hält Reiner Müller, Leiter Technik bei der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien den Neustart für digitales Radio 2009 noch für möglich. Es sei noch machbar, allerdings müsse dafür ein straffer Zeitplan eingehalten werden. So sollten die Länder bei ihrem Spitzentreffen Ende Oktober der vorliegende Bedarfsanmeldung zustimmen. Dann könne mit dem telekommunikationsrechtlichen und parallel mit dem medienrechtlichen Verfahren begonnen werden.

Für die Landesmedienanstalten kündigte Thomas Langheinrich, Vorsitzender der Direktorenkonferenz (DLM) eine zeitnahe und parallele Ausschreibung der bundesweiten und landesweiten Multiplexe an. Spätestens dann müssten interessierte Radiobetreiber ihre Geschäftsmodelle offen legen. Langheinrich stellte eine Anschubfinanzierung in Aussicht, eine Dauersubventionierung werde es aber nicht geben.

Für Jens Kerner, Leiter Unternehmenskommunikation bei Ostdeutschlands erfolgreichstem Radiosender SAW, sind Zusammenschlüsse wie beispielsweise Digital 5 ein wichtiger Schritt, um Businessmodelle in der digitalen Welt erfolgreich umzusetzen. Radio müsse sich dabei aber weiter auf seine regionalen Wurzeln besinnen.

Boris Lochthofen, Leiter Unternehmenskommunikation bei REGIOCAST, will zunächst die Ausschreibungen abwarten. „Es sei doch nicht ernsthaft zu erwarten, dass wir auf öffentliche Veranstaltungen gehen und sagen, hier ist unser Geschäftsmodell und das sind die Powerpoint-Charts dazu.“ ■

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Verlage aufgefordert, sich im Internet nicht von den öffentlich-rechtlich Sendern abhängig zu machen, sondern eigene Inhalte ins Netz zu stellen. Während ihrer Rede beim Kongress des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger nannte sie Kooperationen wie zwischen WAZ-Gruppe und WDR unterstützenswert, mahnte zugleich die Verlage, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen. Es könne sonst der Eindruck entstehen, aus eigener Kraft kein vielfältiges hochwertiges Angebot machen zu können. Merkel sprach sich zudem gegen eine Wettbewerbsverzerrung zulasten privater Anbieter aus. Insofern sei eine Trennung der Internetangebote vonnöten. Allerdings blieb sie hinter der Forderung der Verleger zurück, presseähnliche Dienste von ARD und ZDF im Internet zu untersagen. Eine Negativliste soll beispielsweise Spiele und Kontaktbörsen auf den gebührenfinanzierten Internetseiten der öffentlich-rechtlichen Sender unterbinden.

Der Intendant des Südwestrundfunks (SWR), Peter Boudgoust, hat vor einer aufwändigen Prüfung aller bestehenden Onlineangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewarnt. „Der 3-Stufen-Test für alle bereits bestehenden Online-Angebote wäre nicht nur ein bürokratisches Prüfungsmonster, das unsere Aufsichtsgremien auf Jahre beschäftigen würde. Er wäre gleichzeitig ein völlig unbegründetes Misstrauensvotum gegen die bisherige Arbeit dieser Gremien.“ Boudgoust verwies darauf, dass die tatsächliche Bedrohung des deutschen Mediensystems jedenfalls nicht vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgehe: „Google ist an keinen Staatsvertrag gebunden, Yahoo kann der deutsche Pressekodex egal sein. Und so greifen diese Konzerne aggressiv nicht nur nach den bestehenden Medien, sie wachsen auch immer stärker in die europäischen Märkte hinein.“

In Infotainment-Shows und Diskussionsrunden widmen sich die Medientage in München dem neuen Digitalen Radio. „Neuer Start - Neues Glück im Digitalradio“ heißt das von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) veranstaltete Panel. Experten aus Unternehmensberatung, Bundeswirtschaftsministerium und dem öffentlich-rechtlichen und privaten Radiolager diskutieren am 29.10. die Frage, was bis zum Digital Radio-Startschuss noch zu tun bleibt. In traditioneller Weise setzt die Bayern Digital Radio GmbH auf ihrem Messestand auf Infotainment. Stündlich werden auf einer Bühnenshow Radiogeräte verlost. Außerdem werden am Stand die neuesten Gerätetrends gezeigt: so unter anderem der digitale Alleskönner „EVOKE flow“ und das Ökologiewunder „solarDAB“. Die Medientage München finden vom 29. bis 31.10. statt.

Auch beim Streaming auf Selbstregulierung setzen

Prof. Dr. Jo Groebel, Direktor des Deutschen Digital Instituts Berlin



Prof. Dr. Jo Groebel, Direktor des Deutschen Digital Instituts Berlin

Der Ausgangspunkt für die geplante Internet-Regulierung der Landesmedienanstalten dürfte wohl die Definition des Streaming als Rundfunk sein. Doch auch hier haben in den traditionellen Bereichen sehr häufig die Regulierungsbehörden ihre Grenzen bewiesen. Wir haben in der BRD eine hochkomplexe Regulierungssituation. Sehr häufig verschränken sich die Regulierungsebenen stark ineinander. Zum einen gibt es die nationale Ebene, daneben die Länderebene, vielfältige Zuständigkeiten, zum Beispiel für Telekommunikation, Rundfunk und Kartelle. Das, was man nach dem Krieg verhindern wollte, dass keine Meinungsmonopole mehr entstehen sollten, hat sich verselbständigt. Das an und für sich Positive hat sich häufig ins Negative verkehrt. So werden durch manche Maßnahmen Neuinvestitionen regelrecht verhindert, wie beispielsweise die lange angekündigte Übernahme von Pro7/Sat.1 durch Springer.

Auf den ersten Blick scheinen die Streaming-Maßnahmen mit dem Fall nichts zu tun zu haben. Doch auch hier können wir wieder beobachten, dass vermutlich nur gut gemeinte Maßnahmen sich durch Regulierung ins Gegenteil verkehren könnten. Viele der Streaming-Angebote sind eine Grass-Roots-Angelegenheit mit privatem Hintergrund. Der Charme liegt dabei in der Entfaltung von Kreativität und auch im Experiment, selbst

wenn ab und zu Grenzen überschritten werden. Gerade für den Nutzer besteht die Chance darin, dass nicht von vornherein schon wieder Regulierungskriterien zu erfüllen sind. Immer stärkere Regulierung führt nicht automatisch zur Verbesserung der Inhalte. Außerdem: Wie sollte die Praxis aussehen? Nehmen wir den nicht unwahrscheinlichen Fall eines Konzert-Streamings, zum Beispiel von „Metallica“. Sollten beim Live-Stream künftig brave Behördenvertreter anstößige Texte und Gesten kontrollieren und zu verhindern versuchen, gar durch Vorabvorlage der geplanten Stücke und Bewegungen? Sicher ist das Beispiel polemisch zugespitzt, doch berührt es sehr wohl Maßnahmen, die ja auch effektiv sein sollten und nicht nur reine Papiergebote. Vor allem ist es nicht so, dass mit dem Streaming schädlichen Internetangeboten Tür und Tor offen stehen würden, wenn nicht reguliert würde. Neben den strafrechtlichen und weiteren bestehenden juristischen Maßnahmen gibt es auch eine Selbstregulierung im Internet. Mehr als 90 Prozent der Nutzer handeln verantwortlich, sanktionieren und boykottieren riskante Netzinhalte, ja die Nutzer schaffen es sogar, wie das jüngste Beispiel von Youtube in den USA zeigt, dass extreme Gewalt vom Netz genommen wird. Setzen wir also auch beim Streaming auf Selbstregulierung. Oder misstrauen etwa die Regulierungsbehörden selbst dem, was auch sie als Königsweg nur zu gern beschreiben? Schließlich: Wieso wird die Zahl der zu regulierenden Streaming-Angebote auf mindestens 500 Teilnehmer festgelegt? Wieso nicht 5, 5.000 oder 50.000? 500 erscheint willkürlich.

Ich denke, dass wir genügend Mechanismus haben, um im Internet Extreme verhindern zu können. Es leuchtet mir nicht ein, dass bei Streaming-Angeboten zusätzlich zu bestehenden Möglichkeiten reguliert werden muss. Bei allem Verständnis für Zuständigkeitsbedürfnisse und deren stetige Ausweitung: Die Landesmedienanstalten sind gut beraten, sich auf ihre bisher geleistete, effektive Arbeit zu konzentrieren und die auch künftig gut zu organisieren, nicht zuletzt bei der Förderung der Medienkompetenz. Diese, wenn auch manchmal als vermeintliche Lösung für alles überstrapaziert, hilft jedenfalls Eigenverantwortlichkeit im Netz weiterzuentwickeln, sowohl für Nutzer wie für Anbieter. ■

Google beweist wieder einmal Souveränität und erfindet das Offensichtliche: Ein Handy, das von sich aus die günstigste Mobil-Verbindung herstellt – abhängig von der jeweiligen Situation; sei es per Handy-Netz, WiMax oder über einen drahtlosen Internetzugang für Voice-over-IP. (...) Google hat einen Trumpf in der Hand – zumindest in den Vereinigten Staaten: Zugang zu den Funknetzen, die sich auf den ehemaligen TV-Frequenzen tummeln sollen. Zwar verlor Google im Sommer letzten Jahres die Auktion (Einsatz: 4,6 Milliarden Dollar) um die entsprechenden Frequenzen, sicherte sich aber gewisse Zugangsrechte. Damals war noch nicht ganz klar, was Google mit den Frequenzen vorhaben könnte. Das sieht jetzt anders aus: Mit ihnen kann Google getrost auf das klassische Mobilfunknetz verzichten, Handy-Gespräche über die neue Welle abwickeln und einen drahtlosen Breitbandzugang für Mobilgeräte anbieten. Spiegel.de am 26.09.2008 über den geplanten Angriff von google auf die Mobilfunkker

Der Arbeitsentwurf des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags beauftragt Deutschlandradio mit der Veranstaltung eines dritten Programms, das neben die bewährten Angebote Deutschlandradio Kultur und Deutschlandfunk treten soll. (...) Es ist noch zu früh, über Einzelheiten zu sprechen. Das Profil des neuen Programms wird Wissen sein, die Grundstruktur ein enger Nachrichtentakt. Da das Programm ausdrücklich ein digitales sein soll, wollen wir auch neue Formate, auch interaktive Formate entwickeln. Im Übrigen wird bei uns Wissen mehr sein als Forschung. Web-Wissen wird ebenso eine Rolle spielen wie Geschichte. (...) Wir wollen DRadioWissen über Satellit und Kabel senden, übers Internet und natürlich über Digitalradio, von dem wir hoffen, dass es endlich auf die Erfolgsschneise kommt. Infosat.info am 26.09.2008; Auszüge aus einem Interview mit Georg Mühler, Programmleiter Deutschlandradio

Der Hunger des Mobilfunks auf immer neue Frequenzen bedroht Kulturbetriebe. (...) Denn geht es nach den Plänen von EU-Kommission, Wirtschaftsministerium und Mobilfunkern, dann wird im Zuge der Digitalisierung der Frequenzkuchen des bisher vor allem von analogem TV besetzten UHF-Bands neu aufgeteilt. Die frei werdenden Frequenzen sollen, nebst terrestrischem digitalem TV (DVB-T) und digitalen Handy-TV (DVB-H), dem mobilem Internet zugeschlagen werden. (...) Auf der Strecke bliebe dabei eine Frequenznutzung, ohne die eine florierende Konzert- und Eventkultur mit jährlich hunderten Millionen Zuschauern ebenso wenig existieren könnte wie Feuerwehrfest oder Sportveranstaltungen: Funkmikrofone und Funkkopfhörer - bei jedem Konzert hundertfach installiert -, ohne die Madonna und Co. verstummen. derStandard.at am 26.09.2008 über die Bedrohung drahtloser Mikrofone-Übertragungen in Österreich

Vorbericht

Multimedia-Giganten oder gegängelte Auftrags-erfüller?

Was die öffentlich-rechtlichen Sender künftig im Internet machen dürfen

Die digitale Welt dreht sich. Auch die öffentlich-rechtlichen Sender wollen mitmischen. Aber wie? Medienexperten und -politiker streiten sich quer durch alle Blöcke. Gilt der Anstaltsauftrag auch fürs Internet? Wenn ja, wo sind seine Grenzen? Die EU sieht genau auf die Debatte, weil sie faire Wettbewerbsbedingungen und Grenzen für die Online-Pläne von ARD und ZDF verlangt. Andernfalls drohen Klagen. Vom 22. bis 24. Oktober 2008 treffen sich die Ministerpräsidenten in Dresden, um mit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag den Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen zu präzisieren.

Der ARD-Vorsitzende Fritz Raff besteht auf einer starken Internet-Präsenz. Sein Kollege in Mainz: „Es geht um die existentiellen Zukunftsfragen der deutschen Medienordnung“, meinte ZDF-Intendant Markus Schächter. Außerdem: „um die Qualität des publizistischen Wettbewerbs und um die Balance zwischen öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Medien“. Gleich drei neue TV-Kanäle, die auf vorhandenen digitalen Spartenprogrammen aufbauen, will Berichten zufolge das ZDF ab 2009 starten. Demnach solle ein Kulturkanal entstehen, ein Familien- und ein Nachrichtensender. Für solche Expansionspläne brauchen die Mainzer die Zustimmung der Bundesländer genauso wie bei Online-Angeboten.

Der Chef der Rundfunkkommission der Länder, der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) setzt sich für umfangreiche Freiheiten der Öffentlich-Rechtlichen ein.

Dagegen will Baden-Württembergs Ministerpräsident Günter Oettinger, zugleich medienpolitischer Sprecher der Bundes-CDU, die Online-Aktivitäten reglementieren. „ARD und ZDF sollen online nur Dinge anbieten, die eigenen Wert besitzen und zur publizistischen Meinungsvielfalt beitragen.“ Oettinger will Sponsoring und Werbung verbieten. Die Einnahmeausfälle sollten im Gegenzug von 2013 an mit einem Zuschlag auf die Rundfunkgebühr ausgeglichen werden – es sei mit einem Betrag von mehr als einem Euro zu rechnen. Außerdem müsse die Politik sicherstellen, dass Zeitungen nicht durch öffentlich-rechtliche Internetangebote ausgehöhlt würden.



Kurt Beck, Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder

Genau das befürchtet der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), der den Wettbewerb für große deutsche Presseportale bedroht sieht. VDZ-Geschäftsführer Wolfgang Fürstner verlangt klare Grenzen. „Sonst wird den privatwirtschaftlich finanzierten Verlagsportalen die wirtschaftliche Basis und damit eine wesentliche Zukunftsperspektive entzogen.“ Der VDZ besteht auf einer Begrenzung der öffentlich-rechtlichen Medienangebote im Internet auf Bewegtbilder und Audio und befürwortet ein Werbe- und Sponsoringverbot. Die Inhalte sollen sendungsbezogen sein und kostenlos nur sieben Tage lang im Internet stehen. Alles andere ähnele zu sehr elektronischer Presse.

Rückenwind bekommen Verleger und Privatsender vom Hightech-Branchenverband Bitkom. Auch er spricht sich für eine strikte Beschränkung auf Informationen zu den öffentlich-rechtlichen Programmen aus. „Die Rundfunkgebühr darf kein Mittel dafür sein, die Anstalten zu Multimedia-Giganten im Web aufzubauen,“ meinte Bitkom-Präsident August-Wilhelm Scheer in einem Interview.

Die Länderchefs müssen nun in Dresden eine Linie finden. Der ARD-Vorsitzende Fritz Raff glaubt schon mal nicht an eine gütliche Einigung. „Es ist wohl eher zu erwarten, dass es anschließend zum Streit kommt“, meinte er mit Blick auf anstehende Interpretationsspielräume und Kompromissformeln. ■

Anzeige



Perfekte TV-Bilder von Ihrem Event dank Produktion und SNG in HD aus einer Hand! Eines unserer neuen Fahrzeuge sehen Sie live auf den Medientagen in München.

[Weitere Infos dazu gibt es hier](#)

Lesen Sie mehr im Internet unter:

www.media-broadcast.com

IMPRESSUM

Herausgeber
Digital Radio Mitteldeutschland e.V.
Reichardtstr. 9, 06114 Halle/Saale
Tel: 0345-530 43 61
eMail: presse@dr-m.info

V.i.S.d.P.
Dipl.-Journ. Nikola Marquardt
Idee, Konzept, Projektleitung
Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktionsbüro
tbm public & business relations

Autoren dieser Ausgabe
Thomas Barthel, Prof. Dr. Jo Groebel, Kathrin König,
Nikola Marquardt

Fotos
Seite 1: BLM
Seite 3: Deutsches Digital Institut Berlin
Seite 4: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Layout
frischzellen, vernetzt kreativ

Redaktionsbeirat
Ralf Otto Reisel, reiselnet
Michael Richter, Geschäftsstellenleiter Verein Digital Radio Mitteldeutschland (Lektorat Technik)

Vorstand des Digital Radio Mitteldeutschland e.V.
Vorsitzender
Uwe Ludwig, Leiter Vertriebsmanagement und Marketing bei MEDIA BROADCAST

stellvertretende Vorsitzende
Martin Heine, Direktor der Medienanstalt Sachsen-Anhalt
Olaf Hopp, Geschäftsführer 89.0 RTL und Radio Brocken
Jens Kerner, Leiter Unternehmenskommunikation VMG Mediengruppe, radio SAW/Rockland Sachsen-Anhalt
Ralf Otto Reisel, reiselnet

Anmeldung und Archiv
Das Meinungsbarometer Digitaler Rundfunk kann über die Internetseite www.dr-m.info des Vereins Digital Radio Mitteldeutschland bezogen werden. Hier findet sich auch das Meinungsbarometer-Archiv.

Redaktionsschluss: 26.09.2008

Der Inhalt dieses Meinungsbarometers darf nicht ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Das Meinungsbarometer wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieses Meinungsbarometers entstehen können.